Protokoll der Delegiertenversammlung vom 25. April 1998 in Neuenburg

Tagespräsident: Hugues Wülser

Dauer: 12.30 - 17.00 Uhr

1. Begrüssung

Hugues Wülser begrüsst die Delegierten im Namen von «Écologie et Liberté». Die Grünen im Kanton Neuenburg entstanden in den 70er Jahren, 1984 wurde formell «Écologie et Liberté» gegründet. Sie sind heute in kommunalen Legislativen und im kantonalen Parlament vertreten.

Ruedi Baumann gratuliert den Grünen Genf und Waadt für ihre ausgezeichneten Wahlresultate. Im Kanton Bern war das Resultat weniger überzeugend. Er erwähnt die guten Resultate von Daniel Brélaz, Monika Stocker und Martin Graf als erstem grünen Stadtpräsidenten. Die Grünen sind aber auch in der Kampagne für die Gen-Schutz-Initiative und beim Referendum Raumplanungsgesetz präsent. Er erwähnt die kritische Finanzlage der Partei.

Erica Hennequin schildert Eindrücke ihrer Reise nach Chiapas (Mexiko) als Vertreterin der Schweizer Grünen in der Internationalen Menschenrechts-Delegation. Die Kommission hat die Menschenrechtssituation in einem 150seitigen Bericht dokumentiert. Sie ruft dazu auf, mit Briefen und Petitionen bei der mexikanischen Regierung zu intervenieren. Die Schweizer Regierung solle ihre guten Dienste zur Konfliktlösung zur Verfügung stellen.

2. Statutarisches

Als Stimmzähler werden Daniel Sommer und Marcel Strasser gewählt.

Das Protokoll der letzten Delegiertenversammlung wird einstimmig genehmigt.

In einer Ergänzungswahl werden folgende Personen in den Vorstand gewählt:

BS: Walter Bieri

NE: Blaise Horisberger als Ersatz

TI: Werner Nussbaumer, Ersatz Wera Hamberger

ZH: Silvia Kamm und Daniel Jositsch

2a. Multilaterales Investitionsabkommen (MAI)

Erica Hennequin nimmt Stellung zum Multilateralen Investitionsabkommen (MAI). Internationale Unternehmen können mit diesem Abkommen ohne Einschränkung seitens der Staaten produzieren. Davon sind vor allem ökologische und soziale Auflagen betroffen. Die Souveränität der Staaten ist ernsthaft gefährdet.

Cécile Bühlmann kritisiert das MAI als Projekt der totalen Deregulierung. Sie fordert die Schweiz auf, das MAI zu stoppen. Die Grüne Fraktion hat Anfang Jahr und nochmals in der Frühjahrssession im Parlament interveniert. Das Europäische Parlament hat das MAI zurückgewiesen, der Bundesrat hingegen verharmlost das Abkommen.

In der Diskussion zur vorliegenden Resolution stellt Luzius Theiler den Zusatzantrag, das Abkommen sei gemäss Art. 89 Abs. 5 der Bundesverfassung der obligatorischen Volksabstimmung zu unterbreiten. Die Grünen haben es beim WTO verpasst, eine öffentliche Diskussion zu erzwingen. Nach weiteren Voten wird der Antrag wie folgt abgeändert: Die Grünen werden alles unternehmen, dass eine allfällige Unterzeichnung des MAI-Abkommens dem Volk vorgelegt wird.

In der Abstimmung wird der Zusatzantrag bei vier Enthaltungen genehmigt. Die Resolution (letzter Absatz des MAI-Dokumentes) wird schliesslich einstimmig und ohne Enthaltungen genehmigt.

3. Energiepolitik

Christian van Singer stellt die neuen Initiativen «Strom ohne Atom» und «Moratorium Plus» vor. Er erinnert an die Katastrophe von Tschernobyl, an die schweren Probleme mit der Wiederaufarbeitung und Lagerung des Atommülls und die Konsequenzen der Liberalisierung des Strommarkts. Die beiden Initiativen verhindern, dass die Schweiz solche Risiken eingeht. Unsere Gesellschaft muss einen Weg einschlagen, der mit der nachhaltigen Entwicklung übereinstimmt. Er lädt die Delegierten ein, die zwei Initiativen zu

unterstützen und sich aktiv an der Unterschriftensammlung zu beteiligen.

Das Wort wird nicht verlangt. In der Abstimmung werden die Initiativen einstimmig und ohne Enthaltungen unterstützt.

4. Abstimmungsparolen

Ruth Gonseth stellt die Volksinitiative «zum Schutz von Leben und Umwelt vor Genmanipulation (Gen-Schutz-Initiative) vor. Die Initiative garantiert, dass die Natur nicht zu einem Labor umfunktioniert wird und dass wir nicht zu Versuchskaninchen der Forschung werden. Sie ergänzt, dass Gen Suisse und Forum Gen zu unrecht behaupten, die Initiative würde die Forschung verbieten, die Bekämpfung von Krebs, AIDS und Alzheimer verbieten und Arbeitsplätze zerstören. Der Bundesrat nimmt die Mehrheit der Bevölkerung nicht wahr, die genmanipulierte Lebensmittel ablehnt. Die Gen-Lex streut der Bevölkerung kurz vor der Abstimmung Sand in die Augen. Ruth Gonseth plädiert für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Molekularbiologie in der Medizin.

Nach einer kurzen Diskussion wird die Initiative in der Abstimmung einstimmig und ohne Enthaltungen unterstützt.

Roland Ostermann stellt die Initiative «S.O.S - Schweiz ohne Schnüffelpolizei» vor. Die entscheidende Frage ist, wo die präventive Überwachung beginnt. Die Initiative gibt die klare Antwort, dass nicht überwacht werden darf, wer seine politischen Rechte wahrnimmt. Der Widerstand gegen das explizite Verbot der politischen Überwachung ist ein Grund mehr, der Initiative zuzustimmen.

Nach einer kurzen Diskussion wird die Initiative in der Abstimmung einstimmig und ohne Enthaltungen unterstützt.

Ruedi Baumann nimmt zum Bundesbeschluss über Massnahmen zum Haushaltsausgleich (Haushaltsziel 2001) Stellung. Die Grünen können dem Ziel, das Defizit zu verringern, nur zustimmen. Er ist trotzdem der Ansicht, dass die Reduktion des Defizits auf eine Milliarde Franken bis zum Jahr 2001 nicht die Lösung darstellen kann. Es gibt keine Garantie, dass die Kürzungen nicht vor allem in den Bereichen Umweltschutz, Soziales, Öffentlicher Verkehr und Kultur vorgenommen werden.

In der Abstimmung wird der Bundesbeschluss einstimmig bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

5. Unterstützung der Lehrstellen-Initiative

Ralf Margreiter und Balthasar Glättli präsentieren die Lehrstellen-Initiative. Viele junge Menschen haben nach der obligatorischen Schulzeit kaum eine Chance auf eine Lehrstelle. Es fehlen im Minimum 7000 Lehrstellen. Verschiedene Organisationen, darunter die Junge Grüne Alternative, haben deshalb die Lehrstellen-Initiative lanciert. Wer Lehrlinge ausbildet, kann seine Kosten von der neuen Ausbildungsabgabe abziehen. Trittbrettfahrer zahlen in einen Berufsbildungsfonds, der Massnahmen auf dem Lehrstellenmarkt finanziert.

Nach einer kurzen Diskussion wird die Initiative in der Abstimmung einstimmig bei einer Enthaltungen unterstützt.

6. Verschiedenes

Claudius Schauffler stellt den Antrag, die gemässigte Substantivkleinschreibung im internen Schriftverkehr einzuführen. Damit könnten wir den Beschluss der DV vom 30.8.98 umsetzen. In einem weiteren Antrag schlägt er vor, den Begriff «nachhaltig» durch den Begriff «zukunftsfähig» zu ersetzen. Die Delegiertenversammlung folgt aber mehrheitlich dem Antrag von Christian van Singer, auf die Anträge nicht einzutreten.

Philippe Fargeaud zeigt sich beunruhigt über den Widerstand der deutschen SPD gegen die Vorschläge der deutschen Grünen zur Einführung einer ökologischen Steuerreform. Nach einer lebhaften Diskussion wird sein Antrag auf Unterstützung der deutschen Grünen angenommen.

Bern, 15.7.98 / Für das Protokoll: Felix Wirz, Sekretär